

NEUES MARBURG

Zeitung der PDS Marburg-Biedenkopf und der PDS-Hochschulgruppe

Tarifautonomie im Visier

IGM-Niederlage verstärkt Defensive der Gewerkschaften

Seite 2

Luxus Turnhalle?

PDS/Marburger Linke erzielt Durchbruch am Fronhof

Seite 3

„Ordnungspolitische Maßnahme“

Wie das Arbeitsamt auf Kosten von Arbeitslosen profitiert

Seite 7

Massenverdummungswaffen

Kurze Beine: Irak-Kriegsgründe, deutsche „Friedenspolitik“

Seite 8

Nr. 2 · Juli 2003

Eine unendliche Geschichte?

Software-Center-Krise wurde bei Stadtwerken abgeladen

Bisher stand das Projekt Software Center Marburg (SCM) unter keinem guten Stern. Bereits zum zweiten Mal beschäftigte sich ein Akteneinsichtsausschuss auf Antrag der PDS/ML-Fraktion mit den Vorgängen um Gründung, Finanzierung und Betrieb des einst als Silicon Valley an der Lahn gerühmten Objektes.

Die hochfliegenden Pläne der Gründungsväter um Roman Osada, Michael Bartels, Gerold Dukat und des Baudezernenten Professor Jürgen Gotthold ließen sich nicht realisieren. Statt dessen Pleiten, Pech und Pannen bei der Planung und im laufenden Betrieb. 15 Mio. Euro waren verbaut, als 1996 das Congress Center als letzter Baustein eingeweiht wurde. 4,8 Mio. steuerte das Land Hessen bei, darin enthalten 1,35 Mio. EU-Mittel, der Rest wird kreditfinanziert. Mit im Boot die Stadt Marburg durch eine Bürgerschaft über 18 Mio. Schweizer Franken. Bereits 1997, gerade ein Jahr nach Fertigstellung, gerät die kompliziert und verschachtelt aufgebaute Betriebs- und Besitzkonstruktion in finanzielle Schwierigkeiten. Fällige Zins- und Tilgungsraten können nicht erbracht werden.

Die am Parlament vorbei geleisteten Zahlungen OB Möllers zur Unterstützung des notleidenden Projektes werden Gegenstand des ersten Untersuchungsausschusses. Die Parlamentsdebatte über den Abschlussbericht wird zum Tribunal. „Manipuliert, getäuscht und falsch informiert“ so titelt die OP vom 10. August 2000. Norbert Schüren, damals Fraktionschef der SPD, sprach von „Betrugsversuch“, benannte OB Möller als Hauptverantwortlichen und forderte dessen Rücktritt. Tilo Siewer von den Grünen schloss sich mit den Worten an: „Es ist Zeit zu gehen“. In einer großformatigen Anzeige in der Lokalpresse wandte sich OB Möller direkt an die Marburger BürgerInnen. Wörtlich schrieb er: „Es gilt nun, den Blick weiter nach

vorn zu richten. Alle sollten an einem Strang ziehen, das Software-Center muss in Marburg Zukunft haben und darf nicht kaputt geredet werden“.

Vertraute Töne. Diesmal jedoch auch von SPD und Grünen. Was war geschehen? Norbert Schüren war auf die andere Seite gewechselt. Unter

seiner Leitung hatten die Stadtwerke die Kontrolle über das SCM übernommen und Anfang 2003 ein Sanierungskonzept vorgelegt. Seit dem ersten Akteneinsichtsausschuss hatte sich nichts geändert. Jahr für Jahr pumpte die Stadt Marburg Hunderttausende Euros in das defizitäre Unternehmen.

Fortsetzung S. 4

Agenda für Sozialabbau

Mehr Reiche, mehr Arme und weniger Arbeitsplätze durch Agenda 2010



PDS-Block bei der Verdi-Demonstration gegen die Agenda 2010 am 17. Mai in Berlin

Am 14. März verkaufte Bundeskanzler Schröder unter dem Titel „Agenda 2010“ die neuesten Grausamkeiten und den weiteren Abbau sozialer Rechte als Auflösung des Reformstaus und großen Schritt zur Rettung des Sozialstaates.

Unter dem irreführenden Begriff eines verschärften Reformtempo unternimmt die Bundesregierung den verzweifeltsten Versuch, ausbleibendes Wirtschaftswachstum hauptsächlich durch verstärkte Deregulierung des Arbeitsmarktes, durch Abbau sozialer Leistungen und beschleunigte Steuerentlastung herbeizuzaubern.

Dazu zählen nicht nur die Verkürzung der Bezugsdauer für Arbeitslosengeld auf in der Regel 12 Monate und die Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau sondern Verschlechterungen beim Kündigungsschutz und Verlagerung von Kosten der Renten- und Krankenversicherung auf die Versicherten.

Harald Werner, Sprecher der AG Betrieb und Gewerkschaft und frisch wiedergewähltes Mitglied im Bundesvorstand der PDS, bringt die Haltung der PDS zur Agenda 2010 auf den Punkt: „Viel Symbolik, noch mehr Verzicht und keine Aussicht auf Erfolg“.

Fortsetzung S. 7

Zurück in die Zukunft

Der PDS geht es nicht besser als der IG Metall. Nach Niederlagen beginnt nicht nur das Hauen und Stechen um die richtige Linie sondern auch um die richtigen Köpfe. Durch das Einsortieren der Kontrahenten in Gute und Böse – oder „Reformer“ und „Traditionalisten“ – versuchen die Medien bei beiden hineinzuregieren.

Mit ihrem Sonderparteitag hat die PDS zwar ihre Auseinandersetzung um die künftige Linie nicht beendet, aber mit der neuen Parteispitze unter dem langjährigen Vorsitzenden Lothar Bisky besteht Hoffnung, dass wieder mehr auf Konsens als auf Konfrontation gesetzt wird und Lähmung und Frust in der Partei überwunden werden.

Angesichts der massiven Angriffe auf den Sozialsatz und die Gewerkschaften, ist es dringend notwendig, dass auf der politischen Ebene wieder eine Gegenkraft erkennbar wird. Dass dies der PDS bisher nur unzureichend gelang und sie in den Umfragen bei vier Prozent verharrt, liegt nicht nur am Verlust der Bundestagsfraktion und der damit einhergehenden mangelnden Medienresonanz. Wichtige Gründe sind auch der Zwist an der Spitze und die Verstrickung in neoliberale Politik durch die Regierungsbeteiligungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern.

Durch ihre Politik haben SPD und Grüne links einen weiten Raum geöffnet. Als Partei, die aus dem Osten stammt und dort ihre größte Stärke hat, hat die PDS weiterhin Probleme, diese Lücke im Westen auszufüllen. Aber sie ist gegenwärtig die einzige relevante Partei, die sich dem neoliberalen Mainstream entgegenstellt.

Wenn sie das weiterhin in deutlicher Klarheit und größerer Geschlossenheit in- und außerhalb der Parlamente tut, dürfte es ein Leichtes sein, wieder die fünf Prozent zu überspringen.

Nico Biver

Tarifautonomie im Visier

Streikniederlage der IG Metall verstärkt Defensive der Gewerkschaften



1. Mai 2003: Protest gegen Agenda 2010 und gegen Angriffe auf die Tarifautonomie

In nahezu allen diesjährigen Tarifrunden haben die Unternehmerverbände versucht, tarifliche Standards zu knacken: Arbeitszeit, Ausbildungsvergütungen, Löhne und Gehälter – den Flächentarif insgesamt. Kein Bereich bleibt verschont. Sie zielen auf das Herz der Gewerkschaften, die Tarifautonomie. In den westlichen Bundesländern konnten diese Angriffe bislang gebremst werden, wenn auch manchmal mit letzter Kraft.

Mit der Niederlage der IG Metall im Osten ist ein machtpolitischer Durchbruch gelungen, der sich früher oder später auch auf den Westen auswirken wird. Zumal mit dem Abbruch des Streiks einer der gewerkschaftlichen Titanen ins Wanken geraten ist.

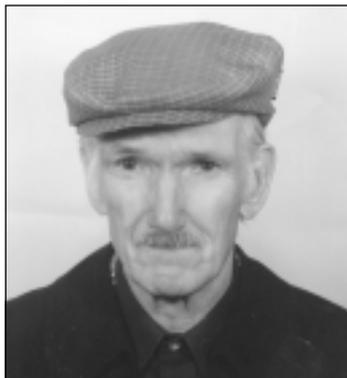
Zur falschen Zeit? Die Gewerkschaften sind in der Bundesrepublik deutlich in die Defensive geraten. Die Meinungsführerschaft liegt bei den Unternehmerverbänden. Flankiert werden deren Roll-back-Strategien von allen politischen Parteien – außer der PDS (aber deren Stimmen ist dünn). Die Medien blasen

in der Regel ins Horn, das ihnen vorgehalten wird. Die Meinung der Herrschenden wurde zur herrschenden Meinung, bis tief hinein in die Kreise derer, denen der eigene Sozialabbau als Modernisierung verkauft wird.

Am falschen Ort? Nicht ohne Grund ist im Osten die Angst um den Arbeitsplatz besonders groß. Seit Jahren werden hier schärfste Deregulierungsmaßnahmen und soziale Erpressung erprobt. Vor diesem Hintergrund gedeiht nicht gerade die Energie zur Gegenwehr. Zudem sind gewerkschaftliche Traditionen, wie sie im Kapitalismus gebraucht werden, noch ziemlich jung.

Das falsche Thema? Der Flächentarifvertrag hat auch ordnungspolitische Funktion. Er soll Konkurrenz ausschalten, einheitliche Bedingungen herstellen, auch für die Beschäftigten. Insofern liegt die Überlegung nahe, angeglichene Arbeitszeiten für den gesamten Metallbereich der Republik anzustreben. Auseinandersetzungen um Arbeitszeiten entwickeln sich jedoch schnell zu machtpoliti-

Abschied von zwei Sozialisten



Hans Gebhardt (1921-2003)

Die Reihen der Alten, die nach 1945 unter großen Schwierigkeiten versucht haben, im westdeutschen Kapitalismus als Sozialisten zu kämpfen, lichten sich – auch in Marburg. Zwei von ihnen haben uns in den letzten Wochen verlassen.

Am 10. Juni 2003 starb Hans Gebhardt. 1921 war er in Marburg geboren worden. Als er 1945 schwer verwundet aus dem Krieg zurückkam, zog er seine Konsequenz: er trat der Kommunistischen Partei Deutschlands bei und blieb ihr auch unter dem neuen Verbot (nach 1956) treu. Der gelernte Bäcker und Dreher war ein belesener und intellektuell neu-



Dieter Höhne (1921-2003)

gieriger Mann – einer der ersten Kommunisten in Marburg, die Kontakt zur Studentenbewegung suchten und fanden.

1969-1971 war er Kreisvorsitzender der DKP. Auf deren Parteitag 1969 in Essen erregte er durch eine kluge und mutige Rede bundesweites Aufsehen: er kritisierte Schönfärberei bei der Beurteilung der SPD und der DDR und forderte, seine Partei dürfe sich nicht nach links abgrenzen. Seitdem sprach man in der DKP-Führung einige Zeit von einer „Marburger Krankheit“. Nachdem Hans Gebhardt 1971 nicht mehr als Kreisvorsitzender kandidiert hatte, widmete er sich einer neuen Aufgabe: er wirkte im „Werkkreis Literatur der

schen Kraftproben.

Soweit die Fragen zur Anatomie des Streiks. Sie allein greifen jedoch zu kurz. Seit dem Streikabbruch tobt ein personalisierter Richtungsstreit in der IG Metall, der auch über die Medien ausgetragen wird. Schon gegen Ende des Streiks meldeten Betriebsräte, die als „Modernisierer“ gehandelt werden, öffentlich Kritik an – ein ungewöhnlicher Vorgang, der die Kampfkraft sicherlich nicht beflügelt hat. In dreister Unverfrorenheit gerieren sich Handelsblatt, FAZ und Verbandsfunktionäre der Unternehmer als Königsmacher für ihren Wunschkandidaten im Vorsitz der IG Metall – den „Modernisierer“. Der designierte Vorsitzende wird als notorischer Traditionalist abgekanzelt.

Andere basteln schon an der Nachkriegsordnung: „kreative Destruktion des Arbeitsmarktes“, Abschaffung des Flächentarifvertrages, Marginalisierung der Gewerkschaften, gesetzliche Aufweichung der Arbeitsordnung, Beschränkung des Streikrechts. Die Republik wird auf den Marsch in die Eiszeit getrieben. Die Krise der IG Metall ist nicht Ursache dieser Entwicklung, schlimmstenfalls Beschleuniger. Eine gründliche Strategiedebatte ist von Nöten, nicht nur in den Gewerkschaften, sondern in der Linken insgesamt.

Renate Bastian

Arbeitswelt“ mit und konnte einige Erzählungen veröffentlichen. Bis 2001 – dann wurde er krank – fehlte er auf keiner Maikundgebung.

Auch Dieter Höhne – ebenfalls Jahrgang 1921 – war vom Kriegserlebnis geprägt und setzte es in praktische Politik um. In den fünfziger Jahren war er eine Zentralfigur in der sozialdemokratischen Linken Marburgs – als Unterbezirkssekretär der SPD gleichermaßen einflussreich in der Partei, bei den Jungsozialisten und im SDS. Er war Mitverfasser des Marburger Gegenentwurfs zum Godesberger Programm. 1961 wurde er als Unterbezirkssekretär abgesetzt: er war zu unabhängig. In den folgenden Jahrzehnten beteiligte er sich immer wieder an Versuchen, eine Partei links von der SPD ins Leben zu rufen: in der „Vereinigung Unabhängiger Sozialisten“, der „Arbeitsgemeinschaft Sozialistische Opposition“, als stellvertretender Landesvorsitzende der Deutschen Friedensunion und im „Sozialistischen Büro“. Er war Gründungsmitglied der Marburger Grünen, führte sie als ihr Spitzenkandidat 1981 in die Stadtverordnetenversammlung und war dort zwei Jahre lang Fraktionsvorsitzender. Als sich die Realos durchsetzten, trat er aus. Am 16. Juni ist er gestorben.

Hans Gebhardt und Dieter Höhne: zwei aufrechte Sozialisten in schwieriger Zeit. Wir sollten sie nicht vergessen.

Georg Fülberth

Impressum

NEUES MARBURG

Herausgegeben von: PDS Marburg-Biedenkopf

Redaktion und Vertrieb: PDS, Weidenhäuser Str. 78-80, 35037 Marburg, Tel.: 06421-163873

Redaktion: Renate Bastian, Nico Biver (verantwortlich), Florian Fuchs, Hajo Zeller

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel, Zwischenüberschriften und Vorspanne stammen in der Regel von der Redaktion.

Layout: Nico Biver

Druck: Hitzeroth Druck + Medien GmbH & Co. KG

Redaktionsschluss: 7. Juli 2003

Luxus Turnhalle?

PDS/Marburger Linke erzielt Durchbruch am Fronhof



Neben der Otto-Ubbelohde-Schule, gegenüber dem KFZ wird die Einfelderhalle stehen

Die Fronhof- und die Otto-Ubbelohde-Schule (OUS) werden auf dem Fronhofgelände eine Turnhalle bekommen. Wenn sie es wünschen, wird sie als Einfelderhalle (405 qm) errichtet. Das hat das Stadtparlament nach jahrelangen Diskussionen im Juni beschlossen. Damit ist der beharrliche Einsatz der Fraktion der PDS/Marburger Linke für dieses Ziel endlich von Erfolg gekrönt.

Bereits im Oktober 1997 hatte sie die rot-grüne Koalition an den einhellig von beiden Schulgemeinden vorgebrachten Wunsch nach einer Halle auf dem Fronhofgelände, die wöchentlich einen dreistündigen Sportunterricht ermöglicht, erinnert. Das Stadtparlament fasste damals auf Antrag der PDS/ML und mit den Stimmen der Koalition und der BfM folgenden Beschluss: „Für das Grundstück Universitätsstraße 4 und Umgebung wird unverzüglich eine Bauleitplanung erstellt. Hierbei soll als ein Bestandteil die Turnhalle ... einbezogen werden. Von der Planung Betroffene ... werden von Anfang an in die Planung einbezogen.“

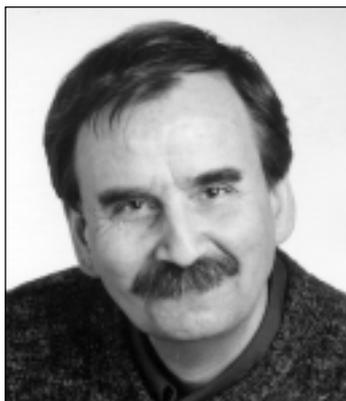
Bei der zwei Jahre später vorgelegten Rahmenplanung für das Fronhofgelände wurde jedoch die rechtzeitige Mitsprache der Schulgemeinden missachtet. Erst auf Intervention der PDS/ML-Fraktion hin fanden Gespräche der Verwaltung und Bürgermeister Egon Vaupels (SPD) mit den Betroffenen statt.

Im Mai 2000 wurde eine Bürgerversammlung einberufen. Die dortigen Aussagen des Leiters des Amtes für Stadtentwicklung Reinhold Kulle

gab die Oberhessische Presse folgendermaßen wieder: „Der von der Otto-Ubbelohde-Schule und der Fronhof-Sprachheilschule geforderte Mehrzweckraum ist in dem Konzept neben dem Schulgelände parallel zur Schulstraße vorgesehen. Das Gebäude wird mindestens die Länge einer Einfeldsporthalle (15 mal 27 Meter) ... haben.“

Seither ist viel Wasser die Lahn herunter geflossen. Die Koalition und Bürgermeister Vaupel, der sich schon an die Rolle als Kämmerer gewöhnt, setzen inzwischen auf einen strikten Sparkurs.

In der Ausschusssitzung sprach sich Vaupel, der auch Schuldezernent ist, für die von der Mehrheit des Magistrats favorisierte Variante 2 des Planungsbüros Metzker-Mechner-Spangenberg aus, die keine Einfelderhalle vorsieht. Für 2,5 Mio. Euro soll sie einen bunten Mix von Sport-, Lern- und Bewegungsräumen für Sportunterricht, Schulveranstaltungen, Ganztagsbetreuung und Kulturveranstaltungen bieten. Vaupel bezeichnete sie einem erregten



Henning Köster

Appell gar als Luxusvariante.

Damit sollten alle, die sich für die 600.000 Euro teurere Variante 1 aussprechen, diskreditiert werden. Sie wird von den Schulen und der PDS/ML-Fraktion bevorzugt und beinhaltet als einzige eine lehrplangerechte 405-qm-Halle.

Bei Vaupels Argumentation bleibt außen vor, dass

- der OUS seit Jahr und Tag ein 105 qm großes Provisorium zugemutet wurde, kombiniert mit der Nutzung der verfallenden Turnhalle der Jägerkaserne. Durch die langen Wege blieben von der Doppelstunde gerade noch 35 Minuten übrig.

- die beiden Schulen, im Gegensatz zu vielen anderen, keinerlei umliegende Sportflächen zur Verfügung haben;

- die geplante Investition nicht nur den Schulen zugute kommt.

Nach dem jahrelangen Trommelfeuer der Propagandisten neoliberaler Konzepte, die einen schlanken Staat wollen, um ihn immer ärmer zu machen, scheinen sich die Maßstäbe verschoben zu haben.

Luxus ist es, wenn die rot-grüne Bundesregierung wiederholt den Spitzensteuersatz senkt und nicht wenn eine Kommune eine Halle baut, die vielen Menschen bei Bewegung, Sport und Spiel, bei gemeinsamen Projekten mit dem KFZ, bei Kultur- und Schulveranstaltungen Freude macht.

Im Stadtparlament ist eine Richtungsentscheidung gefallen. Die PDS/ML hatte die Errichtung einer Doppelhalle für Sport und Kultur verlangt, wie es das gemeinsame Konzept von Schulen und KFZ vorsah. Im Zusammenhang mit der Unterstützung der PDS/ML für die Wiederwahl Vaupels, hatte sie die Erwartung geäußert, dass zumindest der Wunsch der Schulen nach einer Halle erfüllt werde, die parallelen und damit lehrplanmäßigen Unterricht erlaube.

Dies ist nunmehr durch einen „trickreichen“ Änderungsantrag – wie es Alev Lassmann (Grüne) formulierte – möglich geworden. In dem Antrag wird zwar behauptet, die Variante 2 sei die bessere, aber wenn die Schulen sich nicht davon überzeugen ließen, werde ein Gebäude mit einer Einfelderhalle gebaut. Das Angebot, für das sie jahrelang gekämpft haben, liegt auf dem Tisch: Sie müssen nur zugreifen.

Ob das geschieht, wird sich zeigen. Vaupel hat jedenfalls angekündigt, dass er in den nächsten Monaten alles tun werde, um die Schulen von der kleineren Halle zu überzeugen. Bleibt zu hoffen, dass das nicht in Pression umkippt.

Kinder haben genug kleinere Räume – Zuhause, im Garten oder im öffentlichen Raum, soweit ihnen Autos noch Platz lassen. Was sie brauchen sind große Räume, wo sie sich



Marburger Linke im Stadtparlament

Die PDS/Marburger Linke ist ein kommunalpolitisches Bündnis aus Einzelpersonen und der PDS. Sie wurde 2001 mit 6,4 % der Stimmen vierstärkste Fraktion im Stadtparlament.

PDS/Marburger Linke, Weidenhäuser Str. 78-80, 35037 Marburg
Tel.: 163873, **Fax:** 175618
E-mail: marburger.linke@pds-marburg.de

Stadtverordnete

Henning Köster, Tel. 65752

Eva Chr. Gottschaldt, Tel. 961961

Astrid Kolter, Tel. 979145

Pit Metz, Tel. 682336

austoben und auch Ball- und Mannschaftsspiele austragen können. Dies ist gewissermaßen ein Grundrecht für Kinder.

Deshalb bleibt zu hoffen, dass die Schulen dem Druck des Schuldezernenten nicht nachgeben. Ebenso bleibt die Erwartung, dass im Falle der Verwirklichung von Variante 1, diese aus Kostengründen nicht – wie angedroht – derart abgespeckt wird, dass nur noch der Klotz einer Turnhalle ohne Nebenräume übrig bleibt.

Eine solche Austragung dieses schulpolitischen Streits auf dem Rücken der Kinder, dürfte auch Vaupel kaum wollen. Henning Köster

Zwangsarbeit entschädigt

Im Juni weilten ehemalige ZwangsarbeiterInnen in Marburg. Das Stadtparlament hatte 2001 ein Besuchsprogramm beschlossen, damals aber noch die Forderung der PDS/ML, allen Betroffenen eine Entschädigung zu zahlen, abgelehnt. Erst im April 2002 machten sich alle Fraktionen diese Forderung zueigen und bewilligten 2000 Euro pro Person. Einmalig ist, dass auch Kriegsgefangene entschädigt werden.

Burschenausstellung ade

Eine Ausstellung zur Geschichte der Korporationen, die der Marburger Korporationsring 2003 im Rathaus durchführen wollte, wird nicht stattfinden. Ein im Parlament beschlossener Antrag der PDS/ML hatte zur Bedingung gemacht, dass sie wissenschaftlichen Kriterien genügen und sich kritisch mit der antisemitischen und nationalistischen Vergangenheit der Korporationen befassen müsse.

Dazu waren – wie erwartet – die Veranstalter nicht in der Lage.

Oh, when the Saints ...

Bei ICE-Taufe wurde Bahnhofumbau versprochen – falls die Stadt zahlt

Erst stand er rum, der ICE, der auf den Namen „Marburg“ getauft werden sollte. Dann war er wieder weg. Schließlich fuhr er erneut ein, auf Gleis 1 des schmutzigen Marburger Bahnhofs, zu den fröhlichen Klängen von – ausgerechnet – „When the Saints go marching in“! Die alsbald mit Sekt zu besprühende Nase war ziemlich dreckig, ein Wischlappen nicht zur Hand.

Während die PDS/Marburger Linke vor dem Bahnhof gegen die stiefmütterliche Behandlung der Marburger Bahnkunden durch die Deutsche Bahn AG protestierte, hielt auf Bahnsteig 1 ein offensichtlich gut vorbereiteter PR-Vertreter des Konzerns, Dr. Ing. Göbertshahn, eine Rede Marke „getroffene Hunde bellen“. Er wusste gut Bescheid über das, was Marburgerinnen und Marburger an der Deutschen Bahn nervt: der Bahnhof verkommt, abends ist er früher zu als anderswo üblich, streckenmäßig ist Marburg ziemlich abgehängt, und mobilitätseingeschränkte oder sehbehinderte Bürger sollten lieber nicht versu-

chen, selbständig in Marburg einen Zug zu entern. Aber: alles würde sich ändern, sich bessern und ziemlich großartig werden – wenn nur „die Politik ihre Hausaufgaben macht“. Gemeint war – und das sagte der Herr Doktor Ing. auch klar und deut-



Birnel Schwarz

PDS/ML-Aktion am 5. Juni für Bahnhofrenovierung

Fortsetzung von S. 1

Eine unendliche Geschichte

Software-Center-Krise wurde bei Stadtwerken abgeladen

Sondertilgung, Umschuldung und Streckung der Laufzeit waren die Zauberformeln, mit denen das Stadtparlament am 25. April überzeugt wurde. In der Hoffnung, dass zukünftig nicht mehr Magistrat oder Parlament, sondern nur noch die Stadtwerke sich mit der SCM-Krise beschäftigen müssen, bewilligten die Stadtverordneten eine Kapitalspritze von 2,9 Mio. Euro. Mit keiner Silbe wurden jedoch die um 1,7 Mio. höheren Zinskosten (Eigenberechnung Norbert Schürens) erwähnt, die bis zum Ende der verlängerten Laufzeit anfallen.

Ein zweiter Akteneinsichtsausschuss hatte zuvor seine Arbeit aufgenommen. Wieder auf Betreiben der PDS/ML. Diesmal sollte unter anderem geklärt werden, wer die Verantwortung für die nicht ordnungsgemäße Geschäftsführung zu übernehmen hatte, die die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft WIBERA bei der SCM

Besitz- und Verwaltungs-Gesellschaft mbH aufgedeckt hatte. Pit Metz, Stadtverordneter der PDS/ML und Mitglied des Akteneinsichtsausschusses, stellt lapidar fest: „Wir wollten den Nebel lichten, doch statt dessen fanden wir uns in einem Labyrinth wieder“. Da die Mehrheit des Ausschusses mit den unklaren Verhältnissen offensichtlich keine Probleme hatte, stellte dieser am 4. Juni seine Arbeit mit einem lapidaren Abschlussbericht ein.

Ungeklärt blieb u.a. die Frage, warum in der SCM-Gesellschaftsatzung gesetzlich vorgeschriebene Prüfrechte des Parla-

ments nicht festgeschrieben waren. Die Fraktion der PDS/ML hat deshalb das Regierungspräsidium als Aufsichtsbehörde eingeschaltet. Ein Letztes: Der neue Plan für die Jahreserfolgsrechnung 2003 der SCM Besitz- und Verwaltungsgesellschaft mbH vom 21. März 2003 weist beim Betriebsergebnis einen Verlust von jährlich 149.000 Euro aus. Wer soll das bezahlen? Ist die SCM-Sanierung doch eine „unendliche Geschichte“? Fortsetzung folgt. Garantiert. Hajo Zeller

lich: wenn die Kommune die erforderlichen Maßnahmen bezahlt. Alles klar? Die Bahn ist ein privatwirtschaftlich organisierter Betrieb, der Dienstleistungen verkauft und daran natürlich verdient. Aber nicht dieser Betrieb, sondern wir sollen mit unseren Steuergeldern den Laden herrichten und zugänglich machen, wo diese Dienstleistungen verkauft werden. Irgendwie komisch oder? Wohl von allen Heiligen verlassen, die Bahn!

Wie auch immer. Der Oberbürgermeister bedankte sich artig und spritzte dem ICE „Marburg“ (der wohl an diesem Tag zum ersten und letzten Mal in seiner Patenstadt Halt machte) den Sekt auf die schmutzige Schnauze. Die Brezeln waren mittelfrisch, der Sekt sommerlich warm und Bürgermeister Vaupel durfte sich den Führerstand des frisch getauften Zuges ansehen. Was ihm und anderen sichtlich einen Riesenspaß machte. Eigentlich war das das Beste an dieser seltsamen „Taufe“. Nebst der lustigen Musik. Die würde ich gern mal wieder hören – bei weniger einfältigen Anlässen!

PS: Das Studium eines Heiligenkalenders ergab: Einen Schutzheiligen für die Eisenbahn gibt es nicht. Ach so.

Eva Chr. Gottschaldt



Henning Köster

Marburg trat Klima-Bündnis bei

Klimaschutz ist notwendig und berührt viele kommunale Handlungsfelder. Aus diesem Grunde forderten die Marburger SozialistInnen mit gleichlautenden Anträgen in Stadtparlament und Kreistag den Beitritt zum „Klima-Bündnis“. In der Stadt Marburg wurde nach intensiver Beratung im Umweltausschuss daraus eine Magistratsvorlage, der die Stadtverordnetenversammlung mit großer Mehrheit zustimmte. Im Kreistag wurde der Antrag abgeblockt (siehe S. 8).

Das „Klima-Bündnis“ ist ein europaweiter Zusammenschluss von mehr als 1000 Gemeinden, Städten und Landkreisen zum Schutz des globalen Klimas. Dazu zählen die Verringerung der Emissionen der sogenannten Treibhausgase und der Schutz der Regenwälder im Süden des Planeten. Im „Klima-Bündnis-Manifest“ (1990) und in der „Klima-Bündnis-Erklärung“ von Bozen (2000) wurden folgende Ziele festgelegt:

- Deutlich messbare Reduktion der Treibhausgas-Emissionen durch Einsparung, Effizienzsteigerung und rationelle Energienutzung, sowie der Aufbau eines regenerativen Energiesystems.
- Eine Verkehrspolitik, die eine Minderung des motorisierten Verkehrs verfolgt und klimaverträgliche Mobilität fördert und belohnt.
- Eine Stadtentwicklung, in der die Kommunen ihre vielfältigen Handlungsmöglichkeiten ausschöpfen, um die Ziele aus dem Energie- und Verkehrsbereich vorzuschauend und konsequent umzusetzen.
- Die Berücksichtigung des Klimaschutzes in den Bereichen Beschaffung, Entsorgung (Abfall und Entwässerung) sowie auch in der Land- und Forstwirtschaft und im Tourismus.
- Einbindung von Privathaushalten, öffentlichen und privaten Betrieben in die Klimaschutzbemühungen.
- Integration der verschiedenen kommunalen Handlungsfelder in Lokale Agenda 21-Prozesse, insbesondere die Klima-Bündnis-Partnerschaft mit den indigenen Völkern und der Erhalt der biologischen Vielfalt. Sowie die Themenbereiche, in denen nach einem Konsens für neue Lebens- und Wirtschaftsformen gesucht wird, wie Mobilität, Konsumverhalten und Lebensstile.
- Verzicht auf Stoffe, die die Ozonschicht schädigen und den Klimaschutzzielen entgegen stehen.

Zweite Wahl

Am 23. Mai hatte der Kreistag den Ersten Kreisbeigeordneten neu zu wählen. Die Amtszeit Thomas Naumanns war abgelaufen. Er kandidierte wieder, hatte aber keine Chance.

Von der Person und der Sache her sprach nichts gegen ihn, die PDS-Fraktion hat ohne großes Fackeln für ihn gestimmt. Er ist zwar nicht besonders links, aber solide. Als Sozialdezernent sah er seine Aufgabe nicht darin, die Klientinnen und Klienten des Sozialamtes zu unzumutbaren Arbeiten zu zwingen, sondern ihnen die Voraussetzungen dafür zu verschaffen, was sie ohnehin tun wollten: arbeiten. Dazu gehört sein Einsatz für die Betreute Grundschule. In der Asylfrage zeigte er vor zehn Jahren Rückgrat.

Aber er wurde nicht gewählt. Neuer Erster Beigeordneter wurde der bisherige Zweite, Dr. Karsten McGovern. In seiner bisherigen Tä-

tigkeit ist er vor allem durch Kreativität beim Erfinden von Ausreden aufgefallen, wenn es darum ging, PDS-Anträge abzubügeln, die eine Konkretisierung der ökologischen Versprechungen im Koalitionsvertrag von Grünen, CDU, FDP und Freien Bürgern zum Ziel hatten. Es ist immer wieder amüsant, ihn sich drehen und winden zu sehen. Doch für diese Schaustellerleistung ist er nun allerdings doch etwas zu hoch bezahlt.

Jetzt ist er also Erster Beigeordneter und wird sich in den nächsten Jahren bemühen, drei Herren gleichzeitig zu dienen:

- seinem CDU-Landrat,
- der Partei seines Landrats, die in Wiesbaden registriert,
- seiner eigenen Partei, den Grünen, deren Vorgaben aus Berlin er umsetzen muss.

Bei so viel Verrenkungsbedarf wird er bald einen Orthopäden brauchen. Georg Fülberth

Eine krumme Tour

Schwarz-Grün verhindert Abstimmung über Friedensantrag

In der Sitzung des Kreistags am 28. März stellte die PDS einen Dringlichkeitsantrag, in dem es hieß:

„Angesichts des gegenwärtigen Krieges im Irak, seiner Opfer an Menschenleben und seiner riesigen Zerstörungen bekräftigen die Mitglieder des Kreistags Marburg-Biedenkopf ihre Auffassung, dass der Frieden Voraussetzung und Ziel aller politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten, auch von Kommunalpolitik sein muss.“

Sie fordern ein alsbaldiges Ende dieses Krieges und geben ihrer Hoffnung Ausdruck, dass künftige internationale Konflikte ausschließlich im Rahmen des geltenden Völkerrechts, insbesondere der Satzung der Vereinten Nationen geregelt werden.“

Anna Hofmann begründete die Dringlichkeit: da der Krieg nur kurz sein werde, könne die Angelegenheit nicht erst in der nächsten Sitzung, am 23. Mai, behandelt werden.

Der CDU passte das nicht, und deshalb stimmten auch die Grünen gegen die Dringlichkeit. Stattdessen wurde eine „Aktuelle Stunde“ abgehalten, in der Hubert Kleinert (Bündnis 90/Die Grünen) zu erklären versuchte, weshalb er jetzt gegen den völkerrechtswidrigen Irak-Krieg war, 1999 aber den ebenso völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien befürwortet hatte. Das konnte man aber nicht verstehen.

Wie üblich wurde der ehemalige Dringlichkeitsantrag als normaler Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung vom 23. Mai gesetzt. Um der neuen Situation nach Beendigung des Krieges Rechnung zu tragen, schlug die SPD im Haupt- und Finanzausschuss vor, ihn an zwei Stellen zu ändern: das Wort „gegenwärtigen“ im ersten Satz solle gestrichen werden, und statt „Krieges“ im zweiten Absatz sollte es heißen: „Kriegszustandes“. Die PDS nahm diese Anregungen auf.

In der Sitzung des Kreistages aber drückte die Koalition – unter anderem mit den Stimmen der „Grünen“ – durch, dass der Antrag von der Tagesordnung genommen wurde.

Das ist ein interessanter Fall. Natürlich steht es dem Kreistag zu, seine Tagesordnung selbst festzusetzen. Dabei müssen aber die Rechte der Minderheiten gewahrt werden. Sonst könnte eine Kreistagsmehrheit – und sei es mit einer einzigen Stimme – fünf Jahre lang verhindern, dass auch nur ein einziger Antrag der Opposition auf die Tagesordnung kommt.

Die PDS-Fraktion hat nun den Kreistagsvorsitzenden, Herrn Bartussek, gebeten, die Rechtslage zu klären. Kommt er zu keinem Ergebnis, das die Minderheitsrechte sichert, werden wir uns an die Kommunalaufsicht wenden müssen.

Georg Fülberth

Arbeitsförderung: Stochern im Nebel

Im Januar hatte die PDS-Kreistagsfraktion eine Große Anfrage über Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung und Hilfe zur Arbeit in Verantwortung des Landkreises Marburg-Biedenkopf gestellt. Aus der Antwort des Kreisausschusses ergab sich, dass man über wichtige Dinge noch ziemlich wenig weiß.

Zum Beispiel hat man noch keine Erkundigungen darüber eingezogen, wie gut bei Beschäftigungsmaßnahmen für Arbeitslose, an denen auch der Kreis beteiligt ist, das bisherige Qualifizierungsprofil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer berücksichtigt ist. Immer wieder hört man, dass Menschen, die erst einmal einen Sprachkurs brauchen, in „Bewerbungstrainings“ gepackt werden. Zuweilen veranstaltet die Arbeitsverwaltung Zählappelle, und man hat den Eindruck, als wäre sie sogar enttäuscht, wenn jemand kommt. Dies gilt auch für Maßnahmen, an denen der Kreis beteiligt ist.

Merkwürdigerweise hat noch niemand die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Maßnahmen der „Hilfe



PDS Fraktion im Kreistag
Weidenhäuser Str. 78-80, 35037 Marburg
Tel.: 163873, Fax: 175618
E-mail: pds-marburg@t-online.de

zur Arbeit“ gefragt, wie sie selbst diese Maßnahmen beurteilen. Auch weiß man nicht, wie lange die Arbeitsverhältnisse, in die manchmal eine Vermittlung gelingt, dauern.

Die PDS-Fraktion hat nunmehr beantragt, die Beschäftigungsmaßnahmen unter diesem Aspekt zu evaluieren. Auf Empfehlung des Kreisbeigeordneten McGovern (Bündnis 90/Die Grünen) hat der Kreistag dies abgelehnt. Offenbar will man das alles gar nicht so genau wissen. Georg Fülberth



Nico Biber

Wenig überraschend

EAM: auf die Privatisierung folgt Schließung von Geschäftsstellen

Vor einem Jahr hat der Landkreis Marburg-Biedenkopf die Hälfte seiner EAM-Aktien an den Energiekonzern e.on verkauft. Es gab nur zwei Gegenstimmen: von der PDS.

Und was lesen jetzt unsere entzündeten Augen? Die Energie-Aktiengesellschaft Mitteldeutschland, also die EAM, plant eine Einsparung von Geschäftsstellen. Auch die Filiale in der Marburger Uferstraße ist in Gefahr.

Daraufhin gab es große Aufregung im Wirtschafts-, Landwirtschafts-, Umwelt- und Bauausschuss des Kreistags. Die SPD, die 2002 dem Verkauf zugestimmt hatte, stellte einen Antrag, der Landrat möge darauf hinwirken, dass es nicht so schlimm kommt. Da der Kreis die Hälfte seiner EAM-Aktien noch hat, ist Herr Fischbach weiterhin im Aufsichtsrat. Die Koalition aus CDU, FDP, Freien Bürgern und Grünen

wollte den SPD-Antrag nicht unterstützen: Der Landrat wisse sowieso, was er zu tun habe.

Voller Freude kam Herr Fischbach danach aus der Aufsichtsratssitzung zurück: nein, es werden in Marburg-Biedenkopf keine Geschäftsstellen geschlossen, in anderen Kreisen allerdings schon, was uns unter Anwendung des Sankt-Florians-Prinzips aber nicht zu jucken braucht.

Klar. So etwas wird nicht auf einen Schlag gemacht, sondern langsam. Aber es wird kommen. Da e.on jetzt die Mehrheit bei der EAM hat, können die verbliebenen öffentlichen Anteilseigner nicht mehr viel machen. Diejenigen, die vor einem Jahr gemeint hatten, dieser Konzern sei eine Beschäftigungsgesellschaft oder gar ein Wohltäter der Kommunen, haben sich halt geirrt.

Frederike Wurm

Old Europe strikes back

„Der stille Amerikaner“ von Philipp Noyce, ein Film mit hoher Luftfeuchtigkeit

Saigon, 1952. Während sich die Franzosen langsam aus Indochina zurückziehen, lernen sich der desillusionierte englische Journalist Thomas Fowler und der scheinbar harmlose Rot-Kreuz-Amerikaner Alden Pyle kennen.

Zwischen den beiden entwickelt sich eine Art Freundschaft, die jedoch von der Tatsache empfindlich gestört wird, dass Pyle es auf Fowlers Geliebte, die Vietnamesin Phuong, abgesehen hat. Als sich Pyle als skrupelloser CIA-Mann entpuppt, der Sprengstoff an Terroristen liefert, verrät ihn Fowler an die Kommunisten. „Der stille Amerikaner“ zeigt unumwunden, wie die Einmischung der CIA in den Konflikt letztlich im Vietnamkrieg kulminierte – am Ende wird das mit einer Reihe von Dokumentarfilmausschnitten verdeutlicht.

Die Amerikaner unterstützten nach bewährter Manier eine „dritte Kraft“ – in diesem Fall gegen Kommunisten und Kolonialisten. Die Situation eskaliert in einem schrecklichen Bombenattentat, das mit amerikanischem Sprengstoff begangen wird. Heute weiß man, dass hinter dem Bombenanschlag vom 9. Januar 1952 die von den USA unterstützte vietnamesische Opposition um den späteren südvietnamesischen Diktator General



Alden Pyle (Brendan Fraser) und Phuong (Do Thi Hai Yen)

Nguyen Van Thieu steckte.

Die zweite Verfilmung von Graham Greens 1955 erschienenem Buch „Der stille Amerikaner“ war schon vor dem 11. September 2001 abgedreht und passte offenbar nicht recht in das Klima nach den Anschlägen. Dass die USA zur Durchsetzung ihrer Ziele auch mit Terroristen und

Diktatoren zusammenarbeiten – das war wohl zuviel. Der Film löste in Amerika eine Kontroverse aus und wurde schließlich vom Verleih zurückgezogen: zu unpatriotisch, zu selbstkritisch. Jetzt, auf heftige Intervention des Hauptdarstellers Michael Caine hin, ist er doch noch in die Kinos gekommen und hat ihm

eine Oscar-Nominierung eingebracht.

Waren bei der ersten Adaption des Stoffes – Ende der 50er mit Audie Murphy – die Kommunisten die Schurken, so wird jetzt das transatlantische Verhältnis betont, d.h. der melodramatische Aspekt. Die Beziehungsebene ist der politischen äquivalent: „Old Europe“ (Fowler) und Amerika (Pyle) konkurrieren um die Kolonie Vietnam (Phuong) – das „genommene“ Land wird traditionell weiblich imaginiert und repräsentiert. Es geht also im Grunde um den Konflikt zwischen alten und neuen Kolonialisten: „Losing Phuong means losing Vietnam“ sagte Fowler.

Brendan Fraser – sonst auf brave Schwiegersohnrollen abonniert – spielt den stillen – weil am Ende toten – Amerikaner Pyle auf durchaus ambivalent-menschelnde Weise. Seine wuchtige Physiognomie wird von einer ihm zugelaufenen Bulldogge verdoppelt – ein tapferes Vieh, das sich am Ende – vergeblich – den Kommunisten entgegenwirft, um sein Herrchen zu schützen. Ein Unterschied zur Vorlage: bei Green hat Pyle „einen schwarzen Chow mit einer ebenso schwarzen Zunge, ein allzu schwarzer Hund.“

Der „Verrat“ des Europäers an dem Amerikaner wird fürzlich entlohnt, die moralischen Skrupel zahlen sich aus. Phuong kehrt zu Fowler zurück.

Florian Fuchs

Jürgen Elsässer schießt aus der Hüfte

Bevor die Amerikaner militärisch siegen konnten, hatten sie den Irak-Krieg bereits politisch verloren. Wirkliche Macht ist souverän. Die Amerikaner hingegen wirkten nicht souverän, sondern zerfahren, vollführten in der UNO ein diplomatisches Schmierenskomödiantentum ohnegleichen. Der Grund: die USA sind überhaupt nicht die einzige Supermacht dieser Erde. Im Gegenteil geraten sie gegenüber Europa immer mehr ins Hintertreffen. Daher ihr „theatralischer Militarismus“ – wie der französische Demograph und Historiker Emmanuel Todd in seinem Buch „Weltmacht Amerika – ein Nachruf“ formuliert. Todd hatte Ende der 70er Jahre den Untergang der Sowjetunion vorausgesagt und prophezeit nun den USA ein ähnliches Schicksal.

Auf einer Veranstaltung der Arbeitsgruppe „Intelligenter Frieden“ am 22. Mai, lieferte der ehemalige Konkret-Redakteur und Autor Jürgen Elsässer die antideutsche Variante dieser Position, die er in seinem neuesten Buch „Der Deutsche Sonderweg“ entwickelt. Er sieht in der sich nun möglicherweise abzeichnenden eurasischen Achse Paris-Berlin-Moskau die Chance für ein Ende des deutschen Sonderwegs: „Wenn Deutschland nun in diese Achse ein-

gebunden wäre, dann müssten der Politik Deutschlands Grenzen gesetzt sein, die den Sonderweg beenden und die Welt friedlicher machen würden.“

Wie kann man den deutschen Sonderweg als politische Herausforderung begreifen und sich gleichzeitig als links verstehen? Es wäre vorschnell, Elsässers jetzige Position als reine Anbiederung mißzuverstehen.

Das eigentliche Problem sei heute die gefährliche Fusion von amerikanischer Import- und deutscher Exportwirtschaft – eine Konstellation, der in jedem Fall eine aggressive Außenpolitik entspreche. Die amerikanische Ökonomie auf Pump sei der nazistischen Wirtschaft nicht unähnlich, da sie sich Bonität nur auf militärischem Weg sichern könne. Die deutsche Wirtschaft hingegen gleiche strukturell der Wilhelminischen vor 1914. Der von der Bundesrepublik forcierte Jugoslawienkrieg markiere die vorerst letzte Station des deutschen Sonderwegs.

1990 verfasste Elsässer den einflussreichen Artikel „Warum die Linke antideutsch sein muss.“ Die Propagierung einer eurasischen Achse liegt nun paradoxerweise ganz auf dieser Linie. Er propagiert sie, weil sie ein Ende des Sonderwegs bedeuten soll. Den negativen Nationalis-

mus der Antideutschen hat Elsässer also nicht wirklich aufgegeben.

Allerdings versteht man seine jetzige Position nur, wenn man die Hintergründe seines Bruchs mit der Zeitschrift „Konkret“ kennt. Das „Enfant Terrible“ der westdeutschen Linken hatte lange für das Blatt Hermann L. Gremlizas geschrieben. Laut Elsässer gebe es eine fatale Entwicklung innerhalb der antideutschen Linken: die Tendenz, den amerikanischen Militarismus gutzuheißen, jeden Kritiker der USA als Antisemiten zu diffamieren und Ausschwitz für Kriegstreiberei zu missbrauchen.

Wie dem auch sei, gewisse Widersprüche in der Argumentation Elsässers lassen sich nur schwer übersehen und man gewinnt den Eindruck, dass es sich um einen Schuss aus der Hüfte handelt. Wenn die Verflechtungen der deutschen Exportwirtschaft mit Amerika tatsächlich so stark sind, wie Elsässer behauptet, wie sollte sich Deutschland dann von den Amerikanern losmachen und neue strategische Partner suchen? Und wieso sollte die neue Weltmacht friedlicher sein als die USA? Florian Fuchs

Jürgen Elsässer: Der deutsche Sonderweg. Historische Last und politische Herausforderung, Diederichs Verlag, München 2003, 264 Seiten, 19,95 Euro

wann & wo

Welche Zukunft hat die PDS?

Referent: Dr. Michael Chrapa, Parteien- und Meinungsforscher

Di., 15. Juli, 19.30 Uhr, PDS-Büro

Plenum PDS/Marburger Linke

Do., 17. Juli, 20.00, PDS-Büro

Welches Programm für die PDS?

Seminar über Inhalte und Änderungsvorschläge zum PDS-Programmtextentwurf

Sa., 19. Juli, 11-18 Uhr, Ort wird noch bekannt gegeben

Regelmäßige Termine:

AG Kreispolitik der PDS

Montags, 18.30, PDS-Büro

Treffen der PDS-Hochschulgruppe

Montags, 20.00, PDS-Büro

(nicht in der vorlesungsfreien Zeit)

Ferien-Stammtisch der PDS

Dienstags, ab 20.00, Gaststätte

„Shaman“, Weidenhäuser Straße

„Ordnungspolitische Maßnahme“

Wie das Arbeitsamt sich auf Kosten von Arbeitslosen saniert

Zur Osterzeit bekamen hunderte von Arbeitslosen eine recht kurzfristige „Einladung“ des Marburger Arbeitsamtes zu einer „Meldekontrollveranstaltung“. Man habe sich am Soundsoviel um soundsoviel Uhr einzufinden. Bei Nichterscheinen drohe eine Sperrzeit, sprich Entzug von Arbeitslosengeld oder -hilfe.

Ist die Dauer einer solchen Veranstaltung mit ca. 7 Minuten noch angenehm kurz, so ließ der offen verkündete Zweck doch aufhorchen: Dies sei, so die Frau vom Arbeits-

amt, eine Idee des Arbeitsamtsleiters Droß, mit der man bemüht sei, Geld einzusparen. Da die Osterferien angebrochen seien, wir zudem an einem Brückentag vorgeladen wurden, ging es darum herauszufinden, wer sich unerlaubterweise in einem Kurzurlaub befinde und so eine Sperrzeit auferlegt bekomme. Die Kurzfristigkeit der „Einladung“ erhöht noch die Chance, „Sünder“ zu erwischen und somit den aus Nürnberg verordneten Sparvorgaben nachzukommen.

Sinn und Zweck der ständigen Er-

reichbarkeit des Arbeitslosen soll die Wahrnehmung von Arbeitsangeboten sein, die ihm das Arbeitsamt ja machen könnte. Ob gerade in der Osterzeit besonders viele vorlagen, wurde nicht mitgeteilt.

Das Arbeitsamt erweckt hingegen auch den Eindruck, wirklich Geld für seine „Kunden“ zu investieren: Unzählige Arbeitslose wurden in den letzten Monaten zu vierwöchigen Trainingsmaßnahmen „eingeladen“. Eine Ablehnung dieser Einladung zöge eine Sperre nach sich. Schnell wurde deutlich, dass es dem Arbeitsamt auch hier nicht um die individuelle Qualifizierung zur Verbesserung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt ging, sondern um eine „ordnungspolitische Maßnahme“, wie Arbeitsamtsleiter Droß in der Oberhessischen Presse formulierte, nachdem sich Teilnehmer eines Kurses öffentlich über die für viele von ihnen sinnfreie Maßnahme beklagt hatten.

IT-Fachleute mit EDV und Kaufleute mit BWL zu beglücken, beides auf Einführungsniveau, stößt meist auf wenig Gegenliebe, zumal die achtstündige Anwesenheitspflicht die Eigenbemühungen um Arbeit weitgehend behindert. Das Bild der Arbeitslosen ist – zumindest bei Herrn Droß – ein anderes: Diese sollten mobilisiert und zur Auseinander-

setzung mit ihrer Situation gebracht werden, ganz so, als lebte der gemeine Arbeitslose fröhlich in den Tag hinein und lümmelte sich von einer Hängematte in die nächste. Man liegt sicherlich nicht falsch, wenn man auch hinter diesen Maßnahmen den Zweck vermutet, Menschen aus dem Leistungsbezug zu drängen. Einer der Teilnehmer war Jahrgang 1939, eine andere hatte eine feste Zusage für einen Job. Beide mussten dennoch teilnehmen, vom Arbeitsamt aus vermutlich mit der Hoffnung, durch Verweigerung hier Gelder sparen zu können. Andere Teilnehmer hatten von sich aus um Fortbildungen in Wirtschaftsenglisch oder SAP nachgefragt, diese wurden ihnen als zu teuer verweigert.

Dass der Arbeitsamtsleiter in den Medien den harten Hund gibt, bringt ihm bei seinen Vorgesetzten sicherlich viele Pluspunkte, geht es in der Arbeitsmarktpolitik doch inzwischen nicht mehr um Vermittlung und Integration, sondern um Geldeinsparung und Schuldzuweisung an die Sinnbilder der sozialen Krise: die Arbeitslosen. Gerd Wiegel



Fortsetzung von S. 1

Agenda für Sozialabbau

Mehr Reiche, mehr Arme und weniger Arbeitsplätze durch Agenda 2010

Prof. Methling, stellvertretender Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern und Vizechef der PDS ergänzt: „Zuallererst soll durch die Veränderung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe der Druck auf die Betroffenen erhöht werden. Sie werden pauschal beschuldigt arbeitsunwillig, das heißt faul zu sein. Dabei ist das Problem nicht die Arbeitsvermittlung, sondern das Nichtvorhandensein von Stellen...“ In der PDS-Streitschrift „Agenda Sozial“ werden die Ursachen der gegenwärtigen Krise benannt und Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt, die nicht zu Lasten der sozial Schwächsten gehen.

Die wichtigste Krisenursache bleibt bei der Agenda 2010 unangetastet. Das volkswirtschaftliche Gleichgewicht ist nicht durch zu hohe Arbeitskosten gestört worden, sondern durch den Rückgang von Massenkaukraft und öffentlicher Investitionstätigkeit. Nicht der Kündigungsschutz oder das Tarifrecht verhindern Neueinstellungen, son-

dern die stagnierende Nachfrage. So schrieb selbst der Bundeskanzler im Dezember: „Unser Problem ist nicht die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Die ist exzellent, wie immer neue Rekorde beim Export oder bei den Direktinvestitionen zeigen ... unser Problem sind Binnennachfrage und Investitionen.“ Deshalb ist nach Meinung der PDS nichts dringender notwendig, als die Inlandsnachfrage zu stärken. Eine Kürzung von Sozialleistungen ist hier kontraproduktiv. Hingegen würde der Verzicht auf eine weitere Senkung des Spitzensteuersatzes und die Wiedereinführung der Vermögensteuer für sehr große Vermögen ausreichen, um bereits in diesem Jahr ein Investitionsprogramm von 25 Milliarden Euro aufzulegen. Was nicht nur neue Arbeitsplätze brächte, sondern gleichzeitig die sozialen Sicherungs-

systeme deutlich entlasten würde.

Der Widerstand in den eigenen Reihen gegen die Agenda 2010 wurde auf Sonderparteitagen von SPD und Grünen gebrochen. Selbst ein Erhard Eppler ließ sich vor den Karren derjenigen spannen, die eine Zurechtweisung des Menschen zu ökonomisch verwertbaren Waren im Sinn haben. Von den politisch relevanten Parteien steht offensichtlich nur noch die PDS uneingeschränkt zu Artikel 1 des Grundgesetzes: „Die Würde

Die PDS schlägt vor:

Schaffung existenzsichernder Arbeitsplätze und Ausbildungsangebote durch

- Überstundenabbau, Arbeitszeitverkürzung
- umlagefinanzierte Ausbildung
- öffentliche Beschäftigung
- sozial-ökologischen Umbau

Stärkung des Solidarprinzips durch

- Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung
- Einbeziehen von Beamten, Selbstständigen, Freiberuflern und Abgeordneten in die allgemeine Versicherungspflicht
- Erhebung der Sozialbeiträge der Unternehmen nach der Wertschöpfung
- Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen

des Menschen ist unantastbar“. Und zwar bedingungslos, ohne jede Einschränkung. Und schon gar nicht abhängig von wirtschaftlicher oder sonstiger Leistungsfähigkeit. Und das ist gut so. Hajo Zeller



Im Mai neu gewählter SprecherInnenrat des PDS-Kreisverbandes: Bärbel Schwarz, Inge Sturm, Hajo Zeller und Nico Biver

Das Letzte

Umweltpreis gefunden!

Noch im vergangenen Jahr stellte die PDS-Fraktion im Kreistag den Antrag, der Landkreis Marburg-Biedenkopf möge dem Klimaschutzbündnis beitreten, dem zahlreiche Gemeinden und Kreise, auch in Hessen, angehören.

Die Sache schien unproblematisch, denn der Klimaschutz als kommunale Aufgabe ist auch im Koalitionsvertrag von CDU, FDP, Freien Bürgern und Grünen aufgeführt. Als die PDS einen Antrag stellte, der Zweite Beigeordnete (Dr. McGovern, Bündnis 90/Die Grünen) möge doch bitte einmal einen konkreten Maßnahmenplan für die Verwirklichung seiner ökologischen Projekte vorlegen, wich er aus und verwies lediglich auf eine Holzhackschnitzelfeuerungsanlage in Neustadt und eine Solaranlage auf dem Dach des Landratsamtes. Durch die Mitgliedschaft im Klimabündnis, so hatten wir uns gedacht, könne ein Synergieeffekt mit den Anstrengungen anderer Gebietskörperschaften erzielt werden.

Wider Erwarten wurde der grüne Beigeordnete sehr verlegen. In der Stadt Marburg befürwortete seine Partei einen gleichlautenden Antrag der PDS. Im Landkreis geht das aber nicht, denn da ist die CDU dagegen.

Also wurde die Sache auf die lange Bank geschoben. Der Umweltausschuss mit seiner Koalitionsmehrheit vertagte sie von Sitzung zu Sitzung. Glatzweg ablehnen wäre aber zu peinlich gewesen. Im März fand man endlich die Lösung: der Landkreis Marburg-Biedenkopf hat einen Umweltpreis, der aber seit Jahren nicht mehr vergeben wird. Man hat ihn schlichtweg vergessen. Jetzt aber erinnerte man sich an ihn und holte ihn aus der Mottenkiste. Er soll nun wieder vergeben werden. Vorher wollte man seine Satzung dahingehend überarbeiten, dass auch der Klimaschutz in die Kriterien aufgenommen werden soll.

Das war am 28. März. In der nächsten Kreistagsitzung, am 23. Mai, fragten wir an, ob denn die Satzung inzwischen überarbeitet sei. Antwort: nein, noch nicht. Man hatte sie offenbar schon wieder vergessen.

Georg Fülberth

Massenverdummungswaffen

Gründe für den Irak-Krieg und Berliner „Friedenspolitik“ mit kurzen Beinen

Es beginnt meist mit einer Lüge. Am 1. September 1939 war es der angebliche polnische Angriff auf den Sender Gleiwitz, mit dem der deutsche Überfall auf das Nachbarland gerechtfertigt wurde. 1964 erfand die US-Regierung eine Torpedo-Attacke vietnamesischer Schnellboote auf US-Schiffe (den sog. Tonkin-Zwischenfall), um vom Kongress freie Hand für den Krieg gegen Vietnam zu bekommen.

Der Krieg gegen den Irak wurde offiziell geführt, um dem Hussein-Regime „die tödlichsten Waffen, die jemals erfunden worden sind“ (George W. Bush) zu entreißen. Eine direkte Bedrohung der USA wurde von Washington an die Wand gemalt, um einen „Präventivkrieg“ zu rechtfertigen. Außerdem wurde eine Verbindung zwischen Bagdad und al-Qaida unterstellt, die selbst von der CIA nie behauptet worden war.

Zweieinhalb Monate nach dem Krieg deutet alles darauf hin, dass die Friedensbewegung mit ihrer Behauptung recht hatte, dass der Krieg nicht zur Beseitigung von Massenvernichtungswaffen oder zur Bekämpfung des Terrorismus, sondern um Erdölvorkommen und geostrategische Vorteile geführt wurde.

Obwohl die Zuständigen für die irakischen Waffenprogramme gefasst und mögliche Verstecke von US-Spezialisten inspiziert wurden, ist bisher keine Spur von biologischen oder chemischen Waffen gefunden worden. Angebliche Beweise für ein Atomwaffenprogramm sind bereits als Fälschungen entlarvt worden. Verbindungen zu al-Qaida konnten nicht belegt werden.

Dennoch behauptet der britische Premier Blair, der sich vor einem Ausschuss verantworten muss, er habe „nicht den geringsten Zweifel, dass wir eindeutige Beweise für die Waffen finden werden.“ Und in den USA, wo die Demokratische Partei versucht, aus den Lügengeschichten Kapital für den kommenden Präsidentschaftswahlkampf zu schlagen, erklärte Außenminister Powell vor dem Kongress, dass seine Behaup-

tungen vor der UNO, durch „Quellen doppelt und dreifach“ belegt seien.

Regierungskreise in Washington und London liefern für jeden Geschmack Erklärungen zum Fehlen der Massenvernichtungswaffen. Der britische Außenminister Straw etwa meint, es sei schwierig „10.000 Liter – ein Drittel eines Öltankers“ an Anthrax aufzufinden. Andere behaupten wiederum, der Irak hätte die Waffen vor Kriegsbeginn vernichtet (aber hatte der Irak nicht gerade das behauptet?) oder sie seien am Ende der Auseinandersetzungen verbrannt



Montagsdemo der Marburger Friedensinitiative „Nein zum Krieg“ am 14. April

oder geplündert worden.

Als letzter Ausweg wird schließlich den Geheimdiensten der Schwarze Peter zugeschoben, da sie die Regierungen falsch informiert hätten.

In den Köpfen – vor allem der US-Amerikaner – haben die Massenvernichtungswaffen ihre Wirkung allerdings nicht verfehlt. US-Vizeverteidigungsminister Wolfowitz gab zu, dass man das Thema „Massenvernichtungswaffen“ in den Mittelpunkt gestellt hatte, weil so am ehesten Zustimmung zum Krieg erzielt werden konnte.

Dass Bush und Blair praktisch als Kriegsverbrecher überführt sind, schert den Rest der Welt allerdings wenig. Auch Berlin, das sich als Kriegsgegner aufspielte, will nicht nachhaken. „Ich finde, dass wir keinen Prozess des Verdächtigens beginnen sollen“, meinte der Kanzler.

Bereits während des Krieges hatte die rot-grüne Koalition es vermieden, diesen als völkerrechtswidrig zu bezeichnen. Das hätte bedeutet, den USA die Überflugrechte zu verweigern und die AWACS-Besatzungen abzuziehen. Außerdem hätte man sich selbst ins Unrecht gesetzt, denn

am Kosovo-Krieg hatte man sich auch ohne UN-Absegnung beteiligt.

Offensichtlich hat man sich damit abgefunden, dass fortan in den internationalen Beziehungen das Recht des Stärkeren gilt. Berlin stimmte ebenso wie Paris und Moskau einer Resolution des UN-Sicherheitsrates zu, die den Krieg im Nachhinein legitimiert. Das Besatzungsregime wird auf unbestimmte Zeit akzeptiert und es wird zugelassen, dass die Invasoren ihre Kriegskosten aus den Öleinnahmen decken. Niemand will sie daran hindern, den staatlichen Wirtschaftssektor zu zerschlagen und die Ölquellen zu privatisieren.

Die neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“, die Minister Struck im Mai vorlegte, machen deutlich, dass die Bundesregierung auch künftig Verfassung und UN-Charta zu missachten gedenkt. Dass laut Grundgesetz die Bundesrepublik Truppen zur Verteidigung aufstellt, scheint darin ebenso in Vergessenheit gera-

ten zu sein, wie das in der UN-Charta festgelegte Gewaltmonopol der Weltorganisation. Die Richtlinien sehen eine Umstrukturierung der Bundeswehr mit dem Schwerpunkt auf Auslandseinsätze vor. Diese sollen auch im Rahmen der NATO und der EU möglich sein. Nico Biver

PDS Weidenhäuser Str. 78-80,
35037 Marburg, Tel.: 06421-
16 38 73, Fax: 17 56 18

E-Mail: pds-marburg@t-online.de
Bürozeiten: Mo.-Fr., 11-13 Uhr
Spenden: Konto-Nr.: 531 243, Marburger
Bank (BLZ: 533 900 00)

Kupong

Ja, ich will

- das NEUE MARBURG bekommen
 Mitglied der PDS werden

Name Vorname

Straße Ort